

Piratenpartei Koblenz verurteilt intransparentes Vorgehen bei geplanter Schließung des Wasser- und Schifffahrtsamts Koblenz

Das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Koblenz hat aktuell 451 Beschäftigte und soll 2020 komplett aufgelöst werden. Diese Pläne trafen die Verantwortlichen und Beschäftigten in Koblenz völlig unerwartet, da sie in diese Planungen nicht einbezogen waren.

Der Piratenpartei in Koblenz ist bewusst, dass auf Grund des desolaten Finanzhaushaltes und dem schwer nachvollziehbaren Umgang mit Steuergeldern jede Einsparmöglichkeit geprüft werden muss.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger im Land sind nicht gewillt, einer Rotstift-Politik die in verschlossenen Amtstuben angewandt wird, zuzusehen.

Vielmehr hat der Bürger ein Recht darauf, dass sämtliche Zahlen und Fakten, die zu der beabsichtigten Schließung des Amtes führen sollen, transparent zur Verfügung gestellt werden.

Vom Verkehrsministerium müssen zuerst belastbare Zahlen geliefert werden, die ein Einsparpotential aufzeigen.

Die Kreisvorsitzende Marie Salm verweist auf das Programm der Piraten in RLP und bekräftigt: "Wir fordern eine offene Kommunikation aller Beteiligten bei der Planung und Umsetzung von Projekten, und möchten in Koblenz kein intransparentes Vorgehen ähnlich der geplanten Schließung des OLG".

Das kürzlich modernisierte WSA in Koblenz stellt einen günstig gelegenen Versorgungspunkt dar, da von hier drei Wasserverkehrswege zentral bedient werden können.

Die Intransparenz bei der staatlichen Planung, hat schon zu oft mehr Geld gekostet als eingespart wurde. Dies führt immer öfter zu Protest in der Bevölkerung.

Erst wenn klar und deutlich aufgezeigt wird, wo das Einsparpotential liegt, ist eine offene und zielgerichtete Diskussion möglich.

Die Möglichkeiten der Datenverarbeitung und Darstellung rechtfertigen keine intransparente Vorgehensweise mehr.